

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Zeitungshändlern ...

Enthüllungen über
PINKERTON
Erscheinen ab heute
in der Arbeiterstimme
Wichtig für Betriebs-
räte und Verbands-Funktionäre

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

Bezugspreis monatlich drei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Büttcherstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Anzeigen 0,20 RM. für die Reklamespalte an ...
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr ...
Anzahl 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich ...
Anzahl 0,30 RM. für Familien ...
Anzahl 1,50 RM. für ...
Anzahl ...
Anzahl ...

4. Jahrgang Dresden, Montag den 20. Februar 1928 Nummer 43

Die Hungerpeitsche

Der Fünfpfennig-Schiedspruch

Große Volksgemeinschaft im Reichstag — Einheitsfront von SPD bis Deutschnationalen — Wahlerfolge der KPD in Hamburg — Rückgang der SPD

Weiterkämpfen!

Ministerialdirektor Hauschildt (Weimar)



Der Schlichter für den großen Kampf in der Metallindustrie

Zur mitteldeutschen Metallarbeiterkampf hat die Schlichtungskammer am Sonnabend einen Schiedspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung um 5 Pfennige pro Stunde vorsieht. Die Arbeit soll bald wieder aufgenommen werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Wiedereinstellung bewirkt, daß das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen gilt.

Die Erklärungsfrist läuft bis heute den 20. Februar um 12 Uhr.

Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller hat, mitteilt, den Schiedspruch abgelehnt.

Heute, spätestens bis zu Mittag, soll die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister erfolgen. Der Schlichter hat die Erklärungsfrist so kurz angesetzt, daß die Metallarbeiter zu diesem Spruch nicht mehr Stellung nehmen können. Die Gewerkschaftsbürokratie soll die Entscheidung allein, ohne Anhörung der Arbeiter treffen. Der Schiedspruch bewegt sich ganz auf der Linie der Volksgemeinschaft, die die Sozialdemokraten im Reichstag mit dem Bürgerblock geschlossen haben. Ein kleines Entgegenkommen über das Angebot der Unternehmer hinaus, aber nur ein Drittel der Forderung der Arbeiter, das ist es, was die Schiedskammer beschloß.

Dieser Spruch erreicht nicht das, was durch die Fülle, den Mietwucher, den Steueranwuchs die Teuerung verschärft ist. Der Schlichter will die Arbeiter wieder auf lange Zeit an diese minimale Erhöhung binden. Während in anderen Industrien schon bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, sollen die Metallarbeiter 50 Pfennige erhalten. Die Ablehnung der Unternehmer erfolgte deswegen, damit die reformistischen Führer, die im Interesse der Volksgemeinschafts- und Koalitionspolitik an einer solchen Beilegung des Kampfes stark interessiert sind, den Schiedspruch leichter anzunehmen vermögen.

Vergessen wir ja nicht: der Kampf der Metallarbeiter ist heute der entscheidende Kampf für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Die Unterwerfung, das Ducken unter diese Hungerpeitsche soll die 5 Millionen, die in den nächsten Wochen in Lohnbewegungen gehen müssen, ebenfalls unter die Hungerpeitsche zwingen. Deswegen muß die gesamte deutsche Arbeiterschaft ihre Augen auf das Ergebnis von Halle richten. Sie muß den Schlichtungsschwindel durchschauen und seine Hintergründe erkennen. Es bereitet sich ein starker Angriff auf die Arbeiterschaft vor. Jede Bewegung, jede Forderung nach Lohn und Brot, nach kürzerer Arbeitszeit soll niedergedrungen werden.

Mit der Ausperrungsandrohung von 800 000 Metallarbeitern sollte die gesamte Arbeiterschaft eingeschüchtert werden. Die Unternehmer treffen auch jetzt die Vorbereitungen zu einer solchen Ausperrung weiter. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es sich keineswegs um eine leere Drohung handelt. Wenn die Arbeiter sich nicht unterwerfen, werden die Metallindustriellen ihren Kampf weiterführen, die Ausperrung wahrnehmen. Dürfen die Arbeiter sich unterwerfen? Nein und abermals nein. Es geht um mehr noch als wie bei dem Lohnkampf in Mitteldeutschland.

Zur Entscheidung steht die nächste und vielleicht sogar weitere Zukunft der deutschen Arbeiterklasse. Die Ereignisse in der Sonnabendstimmung des Reichstages fallen nicht zufällig mit der Fällung des Schiedspruches zusammen. Die praktische Bildung der Volksgemeinschaft von der SPD bis zu den Deutschnationalen im Reichstag ist die andere Seite dieses Schiedspruches, sie gehören zusammen. Die Ursachen der Differenzen im Bürgerblock haben wir hier schon ebenfalls zur Genüge besprochen. Der verstärkte Druck der Arbeiter, die Zuspitzung der Klassengegensätze zwingt das Zentrum zu Konzessionen an seine Arbeiterwähler. Der erwachte Kampfesmut der Arbeiter läßt es den Bürgerblockparteien geraten erscheinen, die Sozialdemokraten heranzuziehen. Diese auf Ministerjessell künftigen Lokalen der Kapitalisten sind natürlich sofort bereit, in die Breiche zu springen. Sie retten den Bürgerblock im Reichstag. Sie nehmen an den interfraktionellen Beratungen der Regierungsparteien des Bürgerblocks teil. Sie sitzen mit den Deutschnationalen zusammen, um zu beraten, wie sie die deutschen Kapitalisten retten können.

Nicht Ausnutzung der Schwäche des Bürgertums, sondern Festigung des Bürgerblocks, das ist die Aufgabe, die die SPD erfüllt.

Was unterscheidet diese deutsche Sozialdemokratie noch von der USPD in Sachsen? Gar nichts. Das, was die USPD im Landesparlament durchführt, macht die SPD im Reichstag. Diese Hilfsstellung, die die SPD dem Bürgerblock angedeihen ließ, hat den Bürgerblockparteien

neuen Mut gemacht. Der Dresdner Anzeiger berichtet heute früh, daß sich Stimmen lautmachen, die jetzt mit einer Erhaltung des Reichstages bis zum Herbst rechnen. Die Hamburger Arbeiter haben der SPD schon die gehörige Antwort erteilt.

Der Eintritt der SPD in die große Volksgemeinschaft, das lange erstrebte Ziel Stresemanns, die schon lange erfüllte Tätigkeit der USPD wird den Arbeitern die Augen noch mehr öffnen, wie sie schon wurden durch die Androhung der Metallindustriellen. Die SPD hat in Hamburg eine Niederlage erlitten, sie muß und wird nochmals Prüfung bestehen.

Weshalb bemüht sich die SPD jetzt, den Reichstag aufrechtzuerhalten? Sie will den Wahlkampf in Verbindung mit den Tarifkämpfen vermeiden. Sie will aber auch eine Koalitionsregierung nicht vor Ablauf der Lohnkämpfe. Das bedeutet, die SPD will dem Bürgerblock die Möglichkeit der Abwägung der Lohnbewegungen überlassen. Die Arbeiter sollen mit Unterstützung der SPD vom Bürgerblock niedergeschlagen werden, dann will die SPD als Arbeiterfreundin auftreten und Mandate erobern. Sie will ihre ersten Regierungsmonate nicht von Arbeiterkämpfen gestört haben.

Das sind die Fragen, die um den Schiedspruch von Mitteldeutschland spielen.

Die Interessen der Arbeiter sind aber die entgegengesetzten. Deswegen darf die Metallarbeiterschaft nicht kapitulieren.

Ablehnung des Schiedspruches, Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung, Massenstreik, verschärfter Druck für die Reichstagsauflösung, das muß die Antwort der Arbeiter sein.

Wir marschieren!

Wahlsieg in Hamburg — Die KPD zweitstärkste Partei Der Oktobererfolg übertroffen — Verluste der SPD

Die gestrige Wahl in Hamburg wurde zu einem weiteren glänzenden Erfolg der Kommunistischen Partei. Die Hamburger Arbeiter haben der SPD die Antwort auf ihre Kommunistenbegehrungen gegeben. Die Arbeiter haben erklärt, daß sie an die „Erfolge“ der SPD-Gesittung, „Heran an den Staat“, nicht glauben. Die KPD hat über 4000 Stimmen gewonnen, die SPD 1000 Stimmen und vier Mandate verloren. Das vorläufige Stimmenergebnis lautet:

KPD	114 223	(110 232)
SPD	246 630	(247 469)
Deutschnationale	94 030	(98 817)
Deutsche Volkspartei	85 471	(72 432)
Demokraten	87 522	(85 295)
Zentrum	9 893	(9 774)
Wahlwerter	5 535	(7 762)
Wirtschaftspartei	20 048	(27 163)
Nationalsozialisten	14 738	(9 754)

Die Siege in der Bürgerchaft verteilen sich nach diesem vorläufigen Ergebnis wie folgt:

KPD	27	(27)
SPD	59	(63)
Deutschnationale	23	(25)
Deutsche Volkspartei	20	(18)
Demokraten	21	(16)
Zentrum	2	(2)
Wahlwerter	1	(1)
Wirtschaftspartei	4	(6)
Nationalsozialisten	3	(2)

Die in Klammern angegebenen Zahlen sind die Ergebnisse der Oktober-Wahlen.

Die Kommunistische Partei hat einen entscheidenden und verdienten Sieg errungen. Für die Sozialdemokratie gab es keine arbeiterfeindlichen Unternehmer, keine volksparteilichen Schwerindustriellen, kein Schulverfassungszentrum und keine demokratischen Börsenwucherer. Mit Haß und Verleumdung führten sie einen Kampf gegen die Kommunisten. Jetzt haben wir das Ergebnis: Die Kommunisten gewonnen 4000 Stimmen. Die SPD konnte nicht einmal ihre alte Stimmenszahl halten und verlor vier Mandate in der Bürgerchaft. Das ist die Quittung der Hamburger Arbeiterschaft für die schamlose Kommunistenbegehr, die arbeiterfeindliche Koalitionspolitik und die Unterstützung des Bürgerblocks im Reich. An der revolutionären außerparlamentarischen Klassenpolitik der Kommunisten ist die Wahldemagogie der SPD trotz rückwärtsloser und frecher Ausnutzung des

ganzen Gewerkschaftsapparates und der Gewerkschaftspresse für die Wahlpropaganda elend gescheitert. Es dümmert bei den sozialdemokratischen Arbeitern, die gerade in diesem Frühjahr die Segnungen der Koalitionspolitik der reformistischen Niederlagenstrategen des Schlichtungszwanges verspürten. Die Kommunistische Partei marschiert vorwärts und sammelt die von der SPD abspaltenden Massen unter der Fahne der Kommunistischen Internationale.

Die Demokraten haben diesmal verzweifelt gekämpft. Sie haben weder Geld, Flugblätter, noch radikale Versprechungen geparkt. Der Stimmengewinn ist keineswegs erfolgt wegen ihrer „prinzipiellen Opposition“, wegen ihrer jämmerlich verlogenen Scheinopposition, er ist vielmehr dem großen persönlichen Einfluß von Peterßen in Hamburg zuschreiben, der bei der vorherigen Wahl gar nicht kandidierte, jetzt aber die Spitzenkandidatur der in Bedrängnis geratenen Demokraten übernommen hatte.

Die Deutschnationalen, die Mittelstandspartei (Wirtschaftspartei) und die Volkspartei haben tausende ihrer enttäuschten Kleinbürger nunmehr verloren. Diese erhoffen zum Teil nun in der Person Peterßen ihr Heil oder sie betrachten die Deutsche Volkspartei als die führende Partei des Bürgerblocks, oder sie schlagen sich in verzweifelter Stimmung zu den Nationalsozialisten. Selbst das Zentrum hat trotz rückwärtsloser Vorstöße für die 100prozentige Schulverfassung einige hundert Stimmen verloren.

Eine ganz entschiedene Absuhr erhielten die „linken Kommunisten“. Trotz ihres fibrischen Geschreis, trotz Gezeier über die berechtigten einschiedenen Maßnahmen der Komintern und KPD gegen die Parteipalster vom Schlage Trotski und Genossen und der Maßnahmen der KPD gegen die Maslow, Urbans und Beim in Deutschland brachten sie nur 741 Stimmen auf und defolimentierten damit erneut den völligen Zusammenbruch der ultralinken Renegaten.

Die Hamburger Sozialdemokratie wird von der KPD wieder vor die Frage gestellt:

Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie oder Massenpolitik mit der Arbeiterklasse?

Unser Bruderblatt, die Hamburger Volkszeitung, schreibt heute zum Wahlergebnis:

„Die Kommunisten erklären ihre erste Bereitschaft zur Bildung eines SPD-Senats ohne Verhandlungen über irgendwelche Bedingungen zu ermöglichen.“

Nicht als ob die Kommunisten Illusionen hätten über die „Arbeiterfreundlichkeit“ der SPD-Führer, aber gerade weil die